

# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2014/17

### 3. Sitzung vom Montag, 18. September 2017, 18.00 – 19.37 Uhr im Stadt- saal

#### **Vorsitz**

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

#### **Protokollführerin**

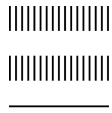
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

#### **Anwesend**

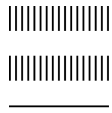
- 39 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

#### **Entschuldigungen**

- Michael Müller, Einwohnerrat



| <b>Traktandenliste</b>                                                                                                 | <b>Seite</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| <b>1. Mitteilungen</b>                                                                                                 | 345          |
| <b>2. Einbürgerungen</b>                                                                                               |              |
| 2 Einbürgerungsgesuche (GK 171 und GK 172)                                                                             | 345          |
| <b>3. Jugendkulturlokal OXIL</b>                                                                                       |              |
| GK 168                                                                                                                 | 346          |
| Auswertung des dreijährigen Pilotbetriebs und Überführung in den Regelbetrieb ab 2018                                  |              |
| <b>4. Schulsozialarbeit</b>                                                                                            |              |
| GK 169                                                                                                                 | 349          |
| Genehmigung des Gemeindevertrags über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Zofingen und der Gemeinde Brittnau         |              |
| <b>5. Feuerwehr</b>                                                                                                    |              |
| GK 170                                                                                                                 | 351          |
| Anpassung Tarif über die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen (Einsatzkostentarif) vom 15. September 1997 |              |
| <b>6. Umfrage</b>                                                                                                      | 353          |



## Begrüssung

**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, die Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die anwesenden Medienschaffenden, die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne und gibt die Entschuldigung von Michael Müller bekannt.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Der Rat ist mit **39 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

## Mitteilungen

Am 29. Juni 2017 ist Herr **Oskar Eich** in seinem 97. Altersjahr **verstorben**. Er war von 1970 bis 1973 Mitglied des Einwohnerrates und der damaligen Rechnungskommission. Zudem hat er in dieser Zeit in der Spezialkommission für die Verlegung der Sportanlagen und den Bau eines Hallenschwimmbades mitgewirkt und war Mitglied in der Finanzplankommission.

Um den Verstorbenen zu ehren, erheben sich alle Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung** vom **26. Juni 2017** gilt als genehmigt; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 31. August 2017 abgelaufen.

Als **Tischaufgabe** erhalten die Einwohnerratsmitglieder:

- Neue Broschüre des Stadtsaals
- Programm von Musik & Theater Zofingen für die Saison 2017/2018

## Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat der SP/JUSO-Fraktion betr. befristeter, zweckgebundener Investitionszuschlag
- Postulat der SP/JUSO-Fraktion betr. Einführung eines umfassenden Veloverkehrsplans

## Art. 96

### Einbürgerungen

#### GK 171 und GK 172

**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Die Geschäfte GK 171 und GK 172 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

**Barbara Willisegger**, Referentin FGPK

Am 30. August 2017 hat die FGPK gestützt auf die vorgängigen Prüfungen durch Stadtrat und Einbürgerungskommission beiden Gesuchen ohne Diskussion einstimmig zugestimmt. Gemäss seriöser Prüfung der Einbürgerungskommission sind beide Gesuchstellenden integriert, beherrschen die deutsche Sprache und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

*GK 171*

**Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

*GK 172*

**Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

Den Antragstellenden wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

**Art. 97**

### **Jugendkulturlokal OXIL**

#### **GK 168**

#### **Auswertung des dreijährigen Pilotbetriebs und Überführung in den Regelbetrieb ab 2018**

**Adrian Borer**, Referent FGPK

Der zweijährige Betrieb im OXIL ist eine Erfolgsgeschichte. Eine der Art, bei welcher man hinterher fragt, warum man nicht schon früher auf die Idee gekommen ist. Das sah auch die FGPK so, und es gab keine Zweifel am Betrieb des OXIL an sich. Die Vorlage enthält detaillierte Angaben zum Programm der ersten beiden Saisons sowie eine Zusammenfassung der Evaluation dieser ersten beiden Betriebsjahre. Erwähnenswert ist auch die grosse ehrenamtlich geleistete Arbeit der diversen Veranstalter, allen voran des Vereins OX. Kultur im Ochsen. Diese Feststellung ist sehr wichtig, denn jeder von der Stadt investierte Franken entfaltet hier einen Multiplikator-Effekt, der sehr erwünscht ist.

Es fand eine Evaluation des zweijährigen Pilotbetriebs durch eine aussenstehende Firma statt. Insgesamt zeigt die Vorlage schlüssig auf, wie man zum vorliegenden Antrag gekommen ist. Die FGPK hat das Traktandum länger diskutiert, wobei vor allem die geplante Stellenaufstockung, das Anforderungsprofil und der Lohn der Betriebsleiterstelle sowie das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu reden gaben. Die vorgeschlagene Stellenaufstockung ist natürlich etwas Heikles. Aber sie ist aus der Evaluation sauber hergeleitet und durch die geleisteten Überstunden des Stelleninhabers faktisch belegt. Wenn ein solches Jugendzentrum betrieben werden soll, muss man an einer wirkungsvollen Betriebsleitung, welche auch präsent ist, interessiert sein. Das OXIL soll nicht nach einem erfolgreichen Anfang irgendwann mangels Überwachung aus dem Ruder geraten wie einige andere Jugendzentren.

Beim Anforderungsprofil der Stelle wurde festgestellt, dass im Stellenbeschrieb eine Definition dieses Profils fehlt. Dies führte in der FGPK zu einer Diskussion über die nötige Qualifikation, aber auch über den möglichen Lohn des Stelleninhabers. Es kommen ganz klar verschiedene Profile für diese Stelle in Frage und es wäre wünschenswert, den Stellenbeschrieb noch mit dem nötigen Anforderungsprofil (oder den nötigen Anforderungsprofilen) zu ergänzen. Positiv ist, dass man der Einnahmenseite grosse Beachtung schenkt. Ein gut geführter Regelbetrieb muss in der Lage sein, auch signifikante Einnahmen zu generieren, die wiederum einen grossen Teil des Aufwands decken. Deshalb sollte dieser Vorlage in der Überzeugung zugestimmt werden, dass eine für Zofingen sehr wertvolle und vielseitige Institution entstanden ist, für die nun die nötigen Mittel zu sprechen sind.

Die FGPK hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und empfiehlt die Gutheissung des Antrags.

Eintreten ist nicht bestritten.

**Sandra Olar, SP/JUSO**

Die SP/JUSO-Fraktion wird das Geschäft einstimmig genehmigen. Es ist erfreulich, dass die Pilotphase gut verlaufen ist, deshalb ist zu hoffen, dass der Betrieb definitiv weitergeführt werden kann. Das OXIL hat verschiedene wichtige Funktionen übernommen, nachdem die kulturellen Veranstaltungen im Ochsen weggefallen sind. Im Vergleich zu anderen Aargauer Städten, welche alle bedeutend mehr für ihre Jugendkultur ausgeben, handelt es sich um eine bescheidene Lösung. Aufgrund der Grösse von Zofingen ist ein Angebot, welches diese spezielle Nische der nichtkommerziellen Kultur abdeckt, aber notwendig. Deshalb ist eine professionelle Betriebsleitung angezeigt. Dadurch ist auch das Angebot breiter geworden.

**Christian Läubli, FDP**

Die Überführung des Jugendkulturlokals in den Regelbetrieb findet bei der FDP grundsätzlich Zustimmung. Die beantragte Stellenerhöhung von 10 % ist verständlich ausgewiesen. Es gab lediglich Fragen dazu, ob aufgrund des Stellenbeschriebs das Lohnniveau gerechtfertigt ist. Nichts desto trotz wird die FDP-Fraktion dem Geschäft mit einer Enthaltung zustimmen.

**Markus Gfeller, SVP**

Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist überzeugt, dass der Start des Jugendkulturlokals gut gelungen ist. Daher wird der Überführung in den Regelbetrieb grundsätzlich zugestimmt – obwohl man vor 2,5 Jahren dagegen war, weil man der Finanzierung von Freizeitaktivitäten durch die Stadt eher kritisch gegenübersteht. Ganz klar wird jedoch die Stellenaufstockung von 10 % abgelehnt. Deshalb wird die SVP in der Detailberatung einen Gegenantrag stellen.

**Marco Arni, DYM**

Aus der "Projektleitung" soll eine "Betriebsleitung" werden. Daraus lässt sich schliessen, dass aus dem auf drei Jahre befristeten Projekt ein dauerhafter Betrieb werden soll. Dass sich das OXIL in den letzten zweieinhalb Jahren etabliert und bewährt hat, bestreitet niemand ernsthaft. Die Bedenken, die vor drei Jahren in diesem Saal zum Teil geäussert wurden, z.B. ob die Umbaukosten effektiv so tief gehalten werden könnten oder ob die ehrenamtliche Arbeit nicht zurückgehen werde, wenn ein bezahlter Projektleiter angestellt würde, haben sich weitestgehend verflüchtigt.

Die damals in Aussicht gestellte Evaluation wurde von unabhängiger Stelle durchgeführt und kommt zum Hauptschluss, dass die Betriebsleitung verstetigt werden soll. Vieles steht und fällt mit dieser Schlüsselfunktion: Vernetzung mit kulturellen Veranstaltern und verschiedenen Stellen der Stadt, Kontakt zu Anwohner/-innen, Kontrolle der Auflagen an Veranstalter, Werbung/Marketing, Koordination auch der ehrenamtlichen Arbeit etc.

Deshalb kann festgehalten werden, dass sich die einst für drei Jahre befristet geschaffene Stelle als zentral für den Betrieb des neuen Jugendkulturlokals erwiesen hat. Das nimmt die Dynamische Mitte wohlwollend zur Kenntnis und stellt auch die Weiterexistenz dieser Stelle nicht in Frage.

Damit ist allerdings die Ressourcierung der Stelle noch nicht geklärt. Die Basis sind 20 Stellenprozent der Offenen Jugendarbeit. Diese wurden 2014 für die Pilotphase mit 30 zusätzlichen Stellenprozenten ergänzt, welche der Einwohnerrat relativ knapp gesprochen hat. Jetzt sollen nicht bloss diese 30 % unbefristet verlängert, sondern die Stelle soll nochmals um 10 % aufgestockt werden – nicht unbedingt etwas, was man in finanziell engen Zeiten hören oder lesen möchte. Jedoch spre-

chen viele Argumente dafür: Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Zofingen bezüglich Stellenprozenten immer noch sehr tief ist. Auch die Erfahrungen aus den drei Pilotjahren zeigen, dass die 50 % eher zu knapp bemessen sind. Es ist ehrlicher, die Stelle mit den nötigen Stellenprozenten auszustatten anstatt auf dem Weg von Überstunden sozusagen am Rat vorbei die Betriebsleiterstelle zu alimentieren.

In der Vorlage fehlt allerdings die in GK 40 (S. 6) in Aussicht gestellte Überprüfung der klassischen Offenen Jugendarbeit. So kann auch keine klare Aussage gemacht werden, ob diese 10 % Stellenaufstockung allenfalls aus den Ressourcen der Offenen Jugendarbeit umgelagert werden könnten – was bei einer Lohnsumme von rund CHF 250'000 zumindest denkbar wäre. Das wiederum würde aber bedeuten, dass man auf kantonale Subventionen verzichten müsste.

Ein anderer Weg, die Mehrkosten der Pensenaufstockung zumindest teilweise abzufangen, wären Mehreinnahmen des OXIL-Betriebs. Die Fraktion DYM erwartet, dass eine ausreichend ressourcierte Betriebsleiterstelle auch bezüglich Einnahmen positive Effekte bewirkt. Als Zielgrösse stellt man sich eine Steigerung von 10 % vor (rund 3'000 CHF pro Jahr).

Aufgrund des ausgewiesenen Bedarfs einer 60%-Stelle und der zentralen Funktion der Betriebsleiterstelle für den erfolgreichen Betrieb des OXIL befürwortet die Fraktion DYM den Antrag des Stadtrates.

**Dominik Gresch, Stadtrat**

Alle Fraktionen haben sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Er wertet die Voten auch als Wertschätzung der Arbeit im Jugendkulturlokal OXIL. Die Überprüfung der Offenen Jugendarbeit ist überfällig, deshalb wurden für die Prüfung die entsprechenden Mittel im Budget eingestellt. Das Gesamtbild soll neu beurteilt werden.

Zur Pensenerhöhung führt er nochmals aus, dass man der Anwohnerschaft schuldig war, vor Ort präsent zu sein und den Betrieb ordnungsgemäss zu führen. Da das bisherige Pensum nicht ausgereicht hat, sind Überstunden aufgelaufen. Aufgrund des bescheidenen Einsatzes an Ressourcen könnte man sagen, es handle sich um ein "Discounter"-Jugendkulturlokal – diese Aussage betrifft allerdings keinesfalls die Qualität. Er spricht der Anwohnerschaft, sämtlichen engagierten Personen, dem Verein OX. Kultur im Ochsen sowie dem Betriebsleiter und seinem Team ein grosses Dankeschön aus. Er hofft, dass eine Weiterführung im Regelbetrieb möglich sein wird.

**Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin**

Die Vorlage wird im Detail beraten.

**Markus Gfeller, SVP**

Bei der beantragten Stellenerhöhung handelt es sich um eine wiederkehrende nicht gebundene Ausgabe. Die Jugendarbeit war bereits im Pilotbetrieb gut bedient. Im Sinne einer gelebten Ausgaben- disziplin stellt die SVP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

*Für die unbefristete Weiterführung des Jugendkulturbetriebs sei eine 30%-Stelle (ohne 10%-Pensenaufstockung) mit den gegenüber dem stadträtlichen Antrag entsprechend reduzierten jährlichen Nettokosten zu bewilligen.*

**Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin**

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP-Fraktion. Dieser wird dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung:

*Für die unbefristete Weiterführung des Jugendkulturbetriebs sei eine 30%-Stelle (ohne 10%-Pensenaufstockung) mit den gegenüber dem stadträtlichen Antrag entsprechend reduzierten jährlichen Nettokosten zu bewilligen (Antrag SVP)*

*Der unbefristeten Weiterführung des Jugendkulturbetriebs gestützt auf das Konzept „Jugendkultur-lokal Zofingen, Version Juli 2017“ mit den daraus resultierenden jährlichen Nettokosten von CHF 24'940 (inkl. 30%-Stelle und 10%-Pensenaufstockung) ab 1. Januar 2018 sei zuzustimmen (Antrag Stadtrat).*

Der **Antrag** der **SVP-Fraktion** erhält **11 Stimmen**, der **stadträtliche Antrag** erhält **26 Stimmen** (1 Enthaltung). Daher gelangt der **stadträtliche Antrag** zur Schlussabstimmung:

*Der unbefristeten Weiterführung des Jugendkulturbetriebs gestützt auf das Konzept „Jugendkultur-lokal Zofingen, Version Juli 2017“ mit den daraus resultierenden jährlichen Nettokosten von CHF 24'940 (inkl. 30%-Stelle und 10%-Pensenaufstockung) ab 1. Januar 2018 sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:8 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

## **Art. 98**

### **Schulsozialarbeit**

#### **GK 169**

#### **Genehmigung des Gemeindevertrags über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Zofingen und der Gemeinde Brittnau**

**Liliane Hofer**, Referentin FGPK

Einleitend hält sie fest, dass die FGPK diesem Geschäft einstimmig mit 8:0 Stimmen zugestimmt hat. Auch die Gemeindeversammlung Brittnau hat für den Abschluss des Gemeindevertrags gestimmt.

Für die Stadt Zofingen handelt es sich um ein attraktives Geschäft, da mit der Vollkostenrechnung der Aufwand der verschiedenen Verwaltungseinheiten gedeckt werden können. Aktuell führt Zofingen für Brittnau bereits alle Sozialhilfefälle und die Mandate im Kindes- und Erwachsenenschutz. Die Schulsozialarbeit untersteht ebenfalls dem Bereich Soziales. Durch die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst und Schulsozialarbeit können für Brittnau Synergien genutzt und so frühzeitig interveniert werden. Früherkennung und Frühintervention können Folgeerscheinungen und hohen Folgekosten wie Heimeinweisungen oder Platzierungen in Sonderschulen vorbeugen. Durch den fachlichen Austausch und das bestehende Know-how kann die Abteilung Kind Jugend Familie diese Dienstleistung in einer hohen Qualität anbieten. Die Niederschwelligkeit des Angebots ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Schülerinnen und Schüler auch davon Gebrauch machen. Mit dem Arbeitsplatz vor Ort ist diese erfüllt. Auch bei diesem Geschäft war das Lohnniveau ein Diskussionspunkt. Die Höhe des Lohnes richtet sich gemäss Aussage der Leiterin Kind Jugend Familie nach dem in der Region gängigen Niveau für diese Tätigkeit. Er bewegt sich zudem im Mittelfeld des Lohnfeldes öffentliches Personal für eine/n Dipl. Sozialarbeiter/in im Kanton Aargau. Die Gemeindeversammlung von Brittnau hat mit ihrer Zustimmung zum Vertrag diese Lohnkosten als adäquat empfunden und die Gemeinde wird – sofern Zofingen ebenfalls zustimmt – die Kosten in vollem Umfang übernehmen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass mit dieser Vorlage eine Win-win-Situation für beide Seiten geschaffen wird. Deshalb empfiehlt die FGPK Zustimmung zu diesem Geschäft.

Eintreten ist nicht bestritten.

**Martin Willisegger, SVP**

Brittnau und Zofingen arbeiten im Schulbereich bereits länger erfolgreich zusammen. Nun soll diese Zusammenarbeit ausgeweitet werden, indem auch die Schulsozialarbeit von Zofingen ausgeführt werden soll. Zu Diskussionen Anlass gegeben hat einmal mehr die permanente Stellenaufstockung im Vergleich zur eher kurzen Vertragslaufzeit von drei Jahren. Dadurch bleibt wieder ein einseitiger Risikoschwerpunkt bei Zofingen. Eine vertragliche Übernahme der Stellenprozente bei Vertragskündigung wäre sicherlich wünschenswert. Nichts desto trotz kam die SVP-Fraktion nach eingehendem Studium der Vorlage zum Schluss, diesem Geschäft zuzustimmen.

**Daniel Gygax, FDP**

In der FDP wurde die hohe Lohnsumme ebenfalls diskutiert. Auch wenn diese im Kantonsdurchschnitt liegt, bedeutet es nicht automatisch, dass das Lohnniveau korrekt ist. Ein weiterer Diskussionspunkt war der eher isolierte Arbeitsplatz. Man hätte sich eine zentralere Lösung gewünscht. Nach intensiven Diskussionen wird die FDP-Fraktion der Vorlage jedoch zustimmen.

**Irma Jordi, DYM**

Die Fraktion DYM diskutierte ebenfalls über die Lohnkosten. Es ist jedoch müssig, ins operative Geschäft einzugreifen. Schlussendlich spielt der Markt und es gibt kantonale Vorgaben. Einer Zentrumsgemeinde steht es gut an, offen für eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zu sein. Daher ist es selbstverständlich, dass die Dynamische Mitte diesem Vertrag zustimmen wird.

**Franziska Kremer, SP/JUSO**

Es ist mehr als nur die Aufgabe einer Zentrumsgemeinde, einem solchen Vertrag zuzustimmen. Es handelt sich um ein Privileg, dass Zofingen von der Gemeindeversammlung Brittnau lernen darf, welche den Wert dieser Arbeit sieht, sich den Anliegen der Primarschüler und Eltern zu widmen und dafür bereit ist, die notwendigen Mittel zu bewilligen. Tatsächlich kann Zofingen auch von weiterem Fachpersonal profitieren und den Austausch weiter verstärken. Für unsere Stadt können Deckungsbeiträge generiert werden und Brittnau kann von einem professionell arbeitenden Team profitieren. Die SP/JUSO-Fraktion wird das Geschäft daher annehmen.

**Dominik Gresch, Stadtrat**

Es handelt sich heute nicht um eine Grundsatzdiskussion, sondern darum, ob mit Brittnau ein Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen werden soll. Die Brittnauer Stimmbevölkerung hat diesem bereits zugestimmt, weshalb dem Rat ebenfalls die Zustimmung beantragt wird.

Er führt aus, dass betr. Stellenaufstockung bzw. Reduktion sicherlich eine gewisse Flexibilität besteht. Auch ist festzuhalten, dass die Schulsozialarbeit bereits heute auf verschiedene Schulhäuser aufgeteilt ist und sich nicht an einem zentralen Standort befindet.

**Rudolf Günthardt, FDP**

Er möchte ergänzend wissen, was passiert, wenn die eingesetzten Verwaltungsgemeinkosten von 7,5 % nicht ausreichen (z.B. bei Rekrutierungskosten, Inseraten etc.).

**Dominik Gresch, Stadtrat**

Bei den bereits bestehenden Zusammenarbeitsverträgen haben sich in dieser Beziehung keine Probleme ergeben. Man hat beim neuen Vertrag den gleichen Ansatz gewählt; darin enthalten ist zudem

bereits ein Anteil für Personalführung und Rekrutierung. Nachdem vor kurzem bereits eine Rekrutierung für Zofingen erfolgen musste, findet sich vermutlich bereits eine Lösung für Brittnau ohne weitere Kosten für das Schalten von Inseraten.

**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

**Marco Arni**, DYM/ glp

**Vertrag § 5 Abs. 3**

Ihm scheint dieser Absatz eine Art Generalklausel zu sein. Er fragt sich daher, ob bei Erweiterung der Schulsozialarbeit mit Brittnau (z.B. Ausweitung auf Oberstufe) der Einwohnerrat nicht mehr einbezogen werden muss.

**Dominik Gresch**, Stadtrat

Im erwähnten Paragraphen geht es um konzeptionelle Anpassungen aus fachlicher Sicht. Sollte das Angebot per se ausgeweitet werden, so würde man zusätzliche Ressourcen benötigen, was einen erneuten Entscheid des Einwohnerrates bedingen würde.

**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

*Der Gemeindevertrag mit Brittnau für die Übernahme der Aufgaben für Schulsozialarbeit mit Wirkung ab 1. Januar 2018 sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen und finanziellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen.

Sitzungspause

Art. 99

**Feuerwehr**

**GK 170**

**Anpassung Tarif über die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen (Einsatzkostentarif) vom 15. September 1997**

**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Im Tarif über die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen (Einsatzkostentarif) wurden einerseits von der FGPK und andererseits von der Stadtschreiberin noch redaktionelle Änderungen vorgenommen. Die Korrekturen, welche jetzt an der Leinwand ersichtlich sind, werden in das Originaldokument einfließen.

**Michael Wacker**, Referent FGPK

In der FGPK löste diese Vorlage keine grossen Diskussionen aus. Es gab eine Verständnisfrage zu § 5 des Einsatzkostentarifs betr. Rechnungsstellung. Es handelt sich jedoch lediglich um eine textliche Präzisierung, die Handhabung bleibt gleich. Die FGPK empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Annahme.

Eintreten ist nicht bestritten.

**Marco Negri**, SVP

Die SVP-Fraktion hat in ihrer Beratung einen positiven und einen negativen Punkt entdeckt. Negativ ist zu werten, dass bei Reglementsanpassungen mehrheitlich die Gebühren erhöht werden. Dies empfindet die SVP als sehr störend. Die Erhöhung im konkreten Fall allerdings findet verursachererecht statt und die Mehreinnahmen führen zu einem besseren Kostendeckungsgrad, weshalb die SVP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen wird. Es ist jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Anliegen, dass die Feuerwehr gut ausgerüstet und für alle Einsätze bestens vorbereitet ist, deshalb bedankt sich Marco Negri für die freiwilligen Hilfseinsätze und das grosse Engagement zu Gunsten der Bevölkerung.

**Yvonne Lehmann**, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen. Die Anpassung ist nach 20 Jahren sehr milde ausgefallen; nachdem die Tarife jedoch denjenigen der Region entsprechen, findet die erfolgte Anpassung Zustimmung. Die Grossereignisse der letzten Wochen zeigen, wie wichtig eine gut funktionierende Hilfsorganisation ist. Die SP/JUSO-Fraktion schliesst sich deshalb dem Dank und dem Vertrauen der Bevölkerung in diese Organisationen an.

**Jan Bachmann**, FDP

Die FDP wird dem Geschäft geschlossen zustimmen, Verrechnungen sollen zu einem üblichen Tarif erfolgen. Nachdem die letzte Erhöhung vor 20 Jahren erfolgt ist, sollte man zukünftig in einem kürzeren Turnus die Gebühren überprüfen.

**Irma Jordi**, DYM

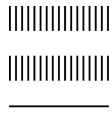
Das Geschäft war auch in der Fraktion DYM unbestritten. Es wurde ebenfalls die Frage aufgeworfen, in welchem Turnus ein solches Reglement überprüft und angepasst werden sollte. In diesem Zusammenhang interessiert sie, wer für diesen Entscheid zuständig ist.

**Christiane Guyer**, Stadträtin

Sie bedankt sich für die positive Aufnahme der Vorlage. Es war vorgesehen, gleichzeitig mit der Überarbeitung des Feuerwehrreglements im Jahr 2014 auch den Einsatzkostentarif anzupassen. Im Zusammenhang mit der regionalen Zusammenarbeit hat man sich dann entschieden, die Tarife mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen, was zu einer Verzögerung geführt hat. Zukünftig sollen die Tarife regelmässig überprüft und im Turnus von acht bis zehn Jahren angepasst werden. Christiane Guyer weist darauf hin, dass es sich nur um moderate Erhöhungen handelt. Gerade im Bereich der BMA-Anlagen haben die Fehlalarme in den letzten Jahren massiv zugenommen und der Anreiz, diese korrekt einzustellen, ist höher, wenn die Kosten für den unnötigen Aufwand der Feuerwehr entsprechend hoch sind.

Abschliessend bedankt sie sich beim Feuerwehrkommandanten für sein grosses Engagement.

(Applaus)



**Miriam Ruf-Eppler**, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

*Der Tarif über die Entschädigung von Einsatzkosten im Feuerwehrwesen (Einsatzkostentarif) sei zu genehmigen und per 1. Januar 2018 in Kraft zu setzen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

**Art. 100**

**Umfrage**

**Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

**Stefan Giezendanner**, SVP

Ihn interessiert, wie sich der aktuelle Stand im Ressort Hochbau darstellt.

**Hans-Martin Plüss**, Vizeammann

Am 1. Juni 2017 hat der neue Bereichsleiter seine Stelle angetreten. Er hat innert weniger Tage ein umfassendes Massnahmenpaket erarbeitet und erste – kostenneutrale – Massnahmen wurden bereits umgesetzt. Leider waren zwei Abgänge zu verzeichnen, was zu einer Notlage im Bereich "Baubewilligungswesen" geführt hat. Deswegen musste dieser Bereich kurzfristig nochmals extern verstärkt werden. Trotzdem ist die Prognose sehr gut. Für die Umsetzung der weiteren Massnahmen wird an der nächsten Einwohnerratssitzung eine entsprechende Vorlage eingereicht.

**Rudolf Günthardt**, FDP

Seine Frage betrifft den Lift beim Bahnhof. Es handelt sich um eine schwierige Situation für viele Personen, da grosse Umwege in Kauf genommen werden müssen.

**Franziska Kremer**, SP/JUSO, sp

Ihre Frage betrifft ebenfalls den Lift beim Bahnhof. Welche Massnahmen sind vorgesehen, damit Personen unterstützt werden können, die nicht (mehr) so gut zu Fuss, mit Kinderwagen oder Gepäck unterwegs sind?

**Adrian Borer**, DYM/glp

Er schlägt zum Thema Lift vor, Kofferträger zur Verfügung zu stellen, welche Personen mit Gepäck oder Kinderwagen unterstützen könnten.

**Andreas Rüegger**, Stadtrat

Es wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt über das Projekt "Umgestaltung Bahnhofplatz" informiert. Unter anderem ist darin auch ein neuer Lift enthalten. Der alte Lift ist komplett defekt, deswegen wurden Abklärungen getroffen, ob ein Provisorium möglich wäre. Diese Idee musste inzwischen verworfen werden, da die Kosten dafür immens sind. Der Neubau wird auf rund CHF 130'000

zu stehen kommen. Leider konnte nicht einfach ein Lieferant beauftragt werden, da es sich um einen Versicherungsfall handelt. Die AGV verlangt bei Schäden ab CHF 30'000 eine Submission. Dieses Verfahren läuft momentan. Es ist zu hoffen, dass innert Kürze eine Lösung gefunden werden kann. Trotzdem ist mit langen Lieferfristen zu rechnen. Das Dienstleistungsgebäude am Bahnhof rechnet beispielsweise damit, bis zum Frühling keinen neuen Lift zu erhalten. Die Stadt setzt alles daran, dass der Ersatz ihres Liftes früher – bis zu den Weihnachten – erfolgen kann.

**Maja Freiermuth, FDP**

Diverse Sportvereine warten seit nunmehr vier Jahren auf ein Sportkonzept. Ein solches ist offenbar notwendig, um verschiedene Beiträge oder Zuschüsse beantragen zu können. Bis wann kann denn mit dem Sportkonzept gerechnet werden?

**Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann**

Er erklärt, dass dieses bei ihm pendent ist. Auf Bundesebene wurde eine neue Sportkonzeption erarbeitet. Auf Kantonsebene hat man ein neues Leistungssportkonzept verabschiedet. Dadurch hat sich die Ausgangslage verändert. Am nächsten Freitag findet zu diesem Thema ein Workshop statt, an dem er als Mitglied der aarg. Sportkommission teilnimmt. Allerdings sind dies nicht die Gründe, weshalb das Sportkonzept in Zofingen noch nicht vorliegt. Der Stadtammann hat sich eine andere Prioritätenordnung gesetzt. Er beabsichtigt aber, dieses zu erstellen, sofern kein Hochwasser eintritt oder eine neue Kaderevaluation ansteht oder ein Sparprogramm aufzulegen ist.

**Pascal Stenz, FDP**

In der Oberstadt wird in letzter Zeit vermehrt wildes Parkieren festgestellt (Letzigasse, Gerbergasse, Schmiedgasse, Storchengasse sowie Engalgasse und Ringmauergasse). Sind diese Zustände bekannt und welche Massnahmen werden oder wurden dagegen ergriffen?

**Christiane Guyer, Stadträtin**

Es finden regelmässig Kontrollen statt – für die einen zu viele, für die anderen zu wenige. Auch werden regelmässig Bussen ausgesprochen, die mit ebenso schöner Regelmässigkeit bezahlt werden. Sie nimmt die Anregung natürlich auf und die Kontrollen werden weiter verstärkt. Sie legt jedoch Wert darauf, dass nächstes Mal nicht jemand reklamiert, weil die Kontrolltätigkeit erhöht wurde.

**Adrian Borer, DYM/glp**

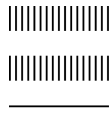
Die Bautätigkeit an der Wiggertalstrasse dauert seit Ewigkeiten an. Ist sich der Kanton bewusst, dass der Verkehr, den man von der Ostseite auf die Westseite der Stadt verlagern wollte, nun wieder rund um die Stadt fliesst – ganz zu schweigen von den vielen Lastwagenirrfahrten?

**Andreas Rüegger, Stadtrat**

Bei den Bauarbeiten an der Wiggertalstrasse ist der Zeitplan eingehalten. Es handelt sich um eine lange Baustelle; der Kanton hat jedoch erklärt, weshalb kein anderes Vorgehen möglich ist. Aufgrund der engen Verhältnisse ist die Arbeitsausführung schwierig. Es ist vorgesehen, die Baustelle bis Ende Jahr abschliessen und den Deckbelag im Frühling 2018 einbauen zu können.

**Adrian Borer, DYM/glp**

Am Dorfbach/Grenzbach sind zwischen Bethge und Seilerei zurzeit wasserbauliche Massnahmen im Gang. Ziel scheint, die im Zuge des Hochwassers im Juli entstandenen Uferanrisse "rückgängig" zu machen. Mit Baumstämmen und sehr grossen Wasserbausteinen werden dort massive Verbauungen



ausgeführt. Weiter unten wird gleichzeitig ein zeitgemässes kantonales Hochwasser- und Renaturierungsprojekt umgesetzt. Weshalb erfolgen an dieser Stelle so gegensätzliche Arbeiten? Man müsste die beiden Projekte doch aufeinander abstimmen. Wer ist der Auftraggeber dieser Arbeiten? Welche Kosten werden dadurch verursacht und wer muss diese Kosten tragen?

**Andreas Rüegger, Stadtrat**

Der Bach im oberen Teil auf der Mühlethaler Seite gehört dem Kanton. Beim anderen Teilstück handelt es sich um einen städtischen Bach. Zofingen und der Kanton sind je für ihren Teil finanziell verantwortlich. Für den Kantonsteil kommt jedoch das Dekret zum Tragen, mit dem die Kostenanteile geregelt werden. Im Moment sind reine Instandsetzungsarbeiten im Gang, welche Kosten von ca. CHF 7'000 verursachen. Zum Vergleich wird die Renaturierung des Dorfbachs/Grenzbachs im unteren Teil der Seilerei (bis zur Ackerstrasse) angeführt. Der Gemeindeanteil gemäss Dekret beträgt CHF 380'000. Die von Adrian Borer erwähnten Arbeiten dienen nur zur Verhinderung weiterer Schäden. In Absprache mit dem Kanton wird jedoch geprüft, ob weitere Massnahmen notwendig sein werden und noch Verbesserungen möglich sind. Allenfalls müsste ein weiteres Hochwasserschutzprojekt erarbeitet werden.

Die Präsidentin weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. Oktober 2017 hin und schliesst die Sitzung um 19.37 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler  
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher  
Protokollführerin